

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 18. Februar 1928

Nummer 14

Staat und Wirtschaft

An der Schwelle des Wahljahres, in welchem über die Zusammenfassung der politischen Vertretung des Volkes entschieden wird, ist es angelegentlich, uns die außerordentliche Erweiterung des staatlichen Einflusses auf das Wirtschaftsleben ins Bewußtsein zu bringen. Das liberale System, in welchem dem Staat nur ganz beschränkte wirtschaftliche Aufgaben zugewiesen waren, ist vorbei. Nicht allein die großen Organisationen der Wirtschaft — Unternehmerverbände, Gewerkschaften — haben „das freie Spiel der Kräfte“ eingeschränkt, sondern auch die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft. Trotz Abbaues der Zwangswirtschaft der Kriegsjahre zeigt sich in der Nachkriegszeit eine ständig wachsende Einflussnahme der von den politischen Kräften gelenkten Staatsmacht auf die Wirtschaft. Diese Entwicklung gilt es in ihren Hauptzügen aufzuzeigen.

Durch die Zoll- und Steuerpolitik hat der Staat von jeher in die Gestaltung der Wirtschaft eingegriffen. Durch die Zollpolitik wird die Entfaltung der inländischen Produktivkräfte, die Höhe der Produktionskosten und der Stand der Lebenshaltung der Bevölkerung nachhaltig beeinflusst, während die Steuern, indem sie einen Teil des Volkseinkommens für staatliche Zwecke abzwängen, auf die Höhe der Kapitalbildung und des Verbrauchs einwirken. In der Nachkriegszeit hat diese Rolle der Zoll- und Steuerpolitik an Bedeutung noch erheblich zugenommen. Wir befinden uns heute in einer Periode der Hochschuldpolitik, wo die künstliche Beeinflussung sowohl des internationalen Warenverkehrs wie der inländischen Produktion durch die Handelspolitik in bedeutend größerem Umfang erfolgt wie früher. Schon vor dem Krieg gab die Zölle den Anreiz zur Schaffung von Kartellorganisationen. Als nach dem Krieg die Tendenz zur Kartellgründung sich aus verschiedenen Ursachen mächtig verstärkte, boten die Zölle die notwendige Grundlage für die Kartelle. So spielt die staatliche Zollpolitik bei der Organisierung der Wirtschaft eine außerordentlich große Rolle. Selbst die internationalen Kartelle, die neuerdings in großer Anzahl entstehen, stützen sich auf die Schutzzölle, die sie als Waffe bei der Kartellgründung bzw. dem Quotenkampf nicht entbehren wollen. Was aber die Steuerpolitik anbelangt, so verursacht allein das außerordentliche Anwachsen der Staatsausgaben und damit die Notwendigkeit stark erhöhter Steuerentnahmen die Steigerung der Bedeutung der Steuerpolitik für die Wirtschaft. Da das Volkseinkommen zugunsten der Steuern in viel größerem Umfang eingeschnürt werden muß als in der Vorkriegszeit, so ergeben sich daraus unvergleichlich kräftigere Rückwirkungen auf Kapitalbildung und Verbrauch als in früheren Zeiten. Der Kampf um die Lastenverteilung geht eben um die Frage, in welchem Verhältnis die Staatsbedürfnisse auf Kosten des Massenverbrauchs oder der Unternehmergewinne befriedigt werden sollen. Verhältnismäßig gering ist der direkte Einfluß des Staates auf die Preisentwicklung. Die Höchstpreise der Kriegszeit wurden abgebaut, auch die Preiskontrolle der Nachkriegszeit auf Grund von Wuchererlassen besteht nicht mehr. Nur auf einigen Gebieten bestehen noch Einrichtungen der Preiskontrolle, wie für die Bestimmung der Preise von Kohle und Kali. Im Verlaufe der gegenwärtigen Konjunkturperiode konnten wir uns über die nicht geringe Bedeutung dieser Werven für die Entfaltung der Konjunktur klar werden. Auf dem Gebiet der Preiskontrolle steht aber die Staatsmacht unmittelbar vor neuen Aufgaben. Das Vordringen des Monopolkapitalismus mit seinen mächtigen Trusts und Kartellen macht die Kontrolle sowohl der Produktion wie der Preise der Monopolorganisationen gebieterisch notwendig. Die Erfüllung dieser volkswirtschaftlich so wichtigen Aufgabe kann freilich von einer Bürgerblockade nicht erwartet werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Sozialpolitik ist in der Nachkriegszeit, wo der Arbeitsmarkt in viel rascherem Tempo als früher von großen Krisen erschüttert wird, ebenfalls gestiegen. In den letzten Jahren wurde es uns eindringlich ins Bewußtsein gebracht, daß man durch produktive Arbeitslosgenossenschaften die Lage des Arbeitsmarktes, durch Unterstützung der Arbeitslosen die des Wohlfahrtswesens wesentlich zu beeinflussen vermag, d. h. es sind diese Maßnahmen auch wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung. Ferner kann durch Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke ein Teil des Volkseinkommens, der durch die Steuer-

politik und die allgemeine Wirtschaftspolitik (Zölle usw.) den Massen entzogen wurde, ihnen wieder zurückgegeben werden. So erscheint die Sozialpolitik auch als ein Mittel, die Verteilung des Sozialprodukts zu korrigieren. Auf die Rolle der staatlichen Gesetzgebung für die Bestimmung der Arbeitsbedingungen, in erster Linie der Arbeitszeit, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es ist allgemein bekannt, wie sehr die staatlichen Eingriffe auf diesem Gebiet an Umfang zugenommen haben.

Die Rolle des Staates bei der Kapitalversorgung ist ebenfalls im Steigen begriffen. Seitdem man über die Wichtigkeit des Kreditwesens für die Gestaltung der Konjunktur besser als früher im Bilde ist, wird dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet. Den Zentralbanken der verschiedenen Länder ist als neue Aufgabe die Einflussnahme auf die Konjunktur durch Kreditpolitik zugewachsen, eine Aufgabe, die trotz gelegentlicher gegenteiliger Äußerungen des Reichsbankpräsidenten auch die Deutsche Reichsbank sich nicht entziehen kann. Ebenso beeinflusst der Staat die Aufnahme von Auslandsanleihen, über deren Wichtigkeit hier nichts gesagt zu werden braucht. In den Gläubigerländern entscheiden seit dem Ende der Regierungen darüber, ob eine Anleihe an die Wirtschaft eines fremden Landes gegeben werden darf, während wir in Deutschland erleben mußten, daß der Staat sich auch in die Frage hineinmischte, ob die angebotenen Auslandskapitalien aufgenommen werden dürfen oder nicht. Auch auf diesem wichtigen Gebiet, das u. a. auch für das Tempo der Rationalisierung von großer Bedeutung ist, kann man wohl die wesentliche Stärkung der staatlichen Einmischung feststellen.

Der Staat gewährt Subventionen für bestimmte Wirtschaftszweige oder wirtschaftliche Tätigkeiten. Dadurch werden auf dem Steuerwege Einkommensteuern von dem einen Wirtschaftszweig in die andern übergeleitet bzw. von dem letzten Verbraucher, dessen Verbrauch durch die Steuern eingeschränkt wird. Für die Subventionen gibt es verschiedene Formen — direkte Zuwendungen wie das berichtigte Gehalt an die Ruhrindustrie oder die Subvention an den Siegerländer Erzbergbau, Zuschüsse für den Zweck des Wohnungsbaues, verbilligter Kredit an die Landwirtschaft oder Kreditgarantie des Staates und der Kommunen usw. Bei den Subventionen erhebt sich nun die Frage, zu welchen Zwecken und aus welchen Mitteln sie gewährt werden? Werden sie einflussreichen Industrieunternehmen oder Großgrundbesitzern, die schlecht wirtschaftet haben, zugestanden, um auch lebensunfähige Betriebe über Wasser zu halten, oder aber stehen sie im Dienste einer wohlüberdachten Planwirtschaft?

Von außerordentlicher Bedeutung ist die Mitwirkung des Staates beim Zustandekommen von Tarifverträgen. Durch die Verbindlichkeitszerklärung der Schiedssprüche entsteht ein Zwangstarif, der maßgebend für die in dem betreffenden Industriezweig zu zahlenden Löhne ist. Wie immer man sich zum Zwangstarif stellen mag, und wie sehr man darauf bedacht sein muß, daß angelegentlich der gegenwärtigen Machtverhältnisse die Streitwaffe nicht unwirksam gemacht werden soll, so ist es klar, daß die verbindlich erklärten Schiedssprüche ein wesentlich anderes Gesicht zeigen müßten, wenn sich der politische Einfluß der Arbeiterkraft verstärken würde.

Zum Schluß soll noch an die eigne Wirtschaftstätigkeit des Staates bzw. der öffentlichen Hand erinnert werden. In der Nachkriegszeit hat sich die Rolle der öffentlichen Wirtschaft in außerordentlichem Maße erweitert, nicht allein in der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, sondern auch auf manchen andern Gebieten. Wir begrüßen diese Entwicklung, weil wir in ihr Ansätze zu einer neuen gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung erblicken. Indessen sind mächtige privatkapitalistische Kräfte, unterstützt vom Reichsbankpräsidenten und Reparationsagenten, am Werke, um das Tätigkeitsfeld der öffentlichen Wirtschaft einzuschränken bzw. deren Ausdehnung zu verhindern. Auch das Schicksal der öffentlichen Wirtschaft hängt von den politischen Machtverhältnissen ab.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen zur Genüge, wie sehr die Entwicklung der Volkswirtschaft, aber auch die Lebenshaltung eines jeden einzelnen Arbeiters von politischen Momenten bestimmt wird. Auch wenn die Selbstverwaltung der wirtschaftlichen Organisationen an Bedeutung zunehmen würde, wird sie der Wichtigkeit der Staatsmacht bei der Beeinflussung der wirtschaftlichen

und sozialen Verhältnisse keinen Abbruch tun. Selbst die Erkämpfung der industriellen Selbstverwaltung, der Wirtschaftsdemokratie, ist eine politische Angelegenheit, die ohne die Mitwirkung der Staatsmacht nicht zur Lösung gebracht werden kann. Die Macht des Staates über die Gestaltung der Wirtschaft erstreckt sich auf alle Gebiete; die Wahlen sollen darüber entscheiden, auf welche Weise diese Macht ausgeübt werden soll.

A. S.

Arbeiterchaft und Einheitsstaat

Es ist recht bezeichnend, daß die Bezirke der neuerrichteten Landesarbeitsämter als erste Verwaltungsbehörden nicht nach den politischen Grenzziehungen gebildet wurden, sondern nach wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten. So wurden aus den 22 alten Landesämtern, die fast auf die Gebiete der einzelnen Staaten Rücksicht nehmen mußten, nach dem neuen Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das die Reichsanstalt von den einzelnen Staatsverwaltungen freimachte, 13 neue Landesarbeitsämter mit organisch gebildeten Gebieten, die unabhängig waren von den buntgewürfelten, landespolitischen Grenzen. Es weist geradezu auf die historische Aufgabe der deutschen Arbeiterchaft hin, den deutschen Einheitsstaat vorzubereiten, und es ist bemerkenswert, daß es gerade eine für proletarische Interessen eingerichtete Behörde war, die den Rahmen der Ländergebeite sprengte und an ihre Stelle eine Einteilung nach vernünftigen Menschenverstand vornahm.

Das Problem der Reichseinheit wird ja momentan in der deutschen Öffentlichkeit stark diskutiert. In der bürgerlichen Presse, soweit sie eine positive Stellung dazu einnimmt, wird vor allem erörtert, welche Maßnahmen in der Richtung zur Reichseinheit und zu einer Verwaltungsreform dienlich sind, solange die Abschaffung der Länder unmöglich erscheint. Tatsächlich sind die Widerstände noch schier unüberwindlich, solange noch Stimmen laut werden, wie die des bayerischen Ministerpräsidenten Feld auf der Länderkonferenz, der erklärte, daß Bayern sich niemals in einen Einheitsstaat einfügen lasse, gleichgültig, wie er auch gebaut sei.

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien, außer der kleinen Gruppe der Demokraten, kann uns ja nicht verwundern, wenn wir daran denken, wie von jeher die Reaktion ein einheitliches Deutschland verhinderte und bekämpfte. Schon immer waren es die sich sonst national nennenden Kreise, die einer deutschen Einigung die größten Schwierigkeiten bereiteten, während die von ihnen als „vaterlandslose Gesellen“ Bezeichneten, die Sozialdemokraten, in ihrem Programm eine Einheitsrepublik forderten und für die Abschaffung der Länder eintraten. Wie es auf der Gegenseite aussieht, beweist das neue Programm einer Staatsreform der Deutschnationalen, das den Einheitsstaat ablehnt, dafür aber eine erhöhte Machtfeststellung des Reichspräsidenten verlangt.

Betrachten wir uns kurz die geschichtliche Entwicklung, so sehen wir, daß ein preußischer König schon 1848 die deutsche Kaiserkrone von der Frankfurter Paulskirchenversammlung ablehnte, da er fürchtete, daß dadurch die preußischen Interessen geschädigt werden könnten und er überhaupt das Angebot einer Versammlung für nicht annehmbar hielt, die von Volkssouveränität und Parlamentarismus sprach. Ebenso war es noch 1871. Wilhelm I. sträubte sich zuerst entschieden gegen die Kaiserkrone, und nur durch das Drängen Bismarcks wurde er dazu bestimmt, den deutschen Bundesstaat herzustellen, der ja eigentlich nur eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes darstellte und sich lediglich auf den Bund der einzelnen Fürstentümer stützte. Erst durch den Ansturz von 1918, durch den das große Hemmnis der Reichseinheit, die fürstlichen Gewalten, beseitigt wurde, war der kühne Traum einer Verwirklichung der Einheit des Reiches möglich. Aber bis zur Verfassung der Reichsverfassung hatte sich die hohe Bureaucratie der Länder wieder durchgesetzt und kämpfte um ihre Daseinsberechtigung. Außerdem waren gewisse Parteien gezwungen, auf die Sonderinteressen ihrer Wähler einzugehen (Zentrum-Bayern). So sehen wir, daß die weitausgehendere Verfassung wohl eine Machterweiterung der Reichskompetenzen brachte, z. B. die reichsweite Finanzverwaltung und die Verfassungsbestimmung, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Aber die Verwaltungseinheiten der Länder sind geblieben. Heute haben wir nun nach der Auf-

Lösung verschiedener, allzu kleiner Länder noch immer 18 (!) deutsche Länder mit eigenen Parlamenten und auf so begehrten Ministerstellen. Nur so ist es möglich, daß wir uns den Luxus von insgesamt 214 Abgeordneten leisten, wobei z. B. in Schaumburg-Lippe ganze 3243 Personen auf einen Abgeordneten entfallen. Ja, dieses kleinste aller Länder hat im ganzen nur 4804 Einwohner, ihm folgt Waldeck mit 5586. Wahrscheinlich ein beschämender Partikularismus in einer Zeit, wo es Städte mit Hunderttausenden von Einwohnern gibt. Vergleichen wir gar unsere Reichshauptstadt mit der Einwohnerzahl der Länder, so kommen wir zu dem verbüßenden Resultat, daß elf deutsche Länder nicht über mehr Menschen verfügen, als die Großstadt Berlin. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat berechnet, daß durch die Erstzür der Länder allein an Ministergehältern und Abgeordnetenentlohnungen jährlich etwa 15 Millionen Mark verausgabt werden. Noch viel größere Ausgaben aber ergeben sich durch die sinnlose Ineinanderschlingelung der Länder und Ländchen, aus der eine unheimliche Kompliziertheit und Kostspieligkeit der Verwaltung herrührt. Die Kosten dieser Vielstaaterei haben natürlich die Arbeiter zu tragen, da sie ja die Hauptsteuerschleifer darstellen. Aber nicht nur aus finanziellen Gründen müssen die bunten Grenzpfähle aus Urkräutern fallen, sondern auch aus politischen und ideellen Überlegungen. Welche Berechtigung haben eigentlich noch die deutschen Länder, nachdem es doch keine Fürsten mehr zu verjagen gibt? Daß kulturelle oder auch nur stammliche Rücksichten maßgebend wären, wird wohl niemand behaupten, der die Struktur der deutschen Länder kennt und weiß, wie willkürlich diese gebildet sind. Die deutsche Republik wird erst dann geehrt sein, wenn sie einen einheitlichen Staat darstellt und nicht eine Staatenordnung, die in das historische Museum gehört.

Gewerkschaften und deutsche Staatsreform

Es gibt keine staatspolitische Frage mehr, deren Lösung nicht auch die Gewerkschaften in ihrem innersten Wesen berührt. Das bezieht sich in gleichem Maße auf die Staatsform, wie auch auf deren Organisationsapparat und den Geist, mit dem beide erfüllt sind. Noch sind die Tage in aller Erinnerung, als die republikanische Staatsform durch rebellierende Reaktionskräfte beseitigt und die Reichsdiktatur errichtet werden sollte. Die stärkste Waife gegen die Rapp-Putschisten und der Hauptgrund ihrer Niederlage war die zur vollen Aktivität entfaltete gewerkschaftliche Macht. Die deutschen Arbeiter, vertreten durch ihre Gewerkschaften, erblickten eben in der republikanischen Staatsform ein Lebensmoment, und sie verhinderten deshalb einen ihnen unerwünschten Wandel. Von gleicher Intensität sind die gewerkschaftlichen Bemühungen, die nunmehr wohl als gefestigt anzusehende Staatsform und ihren Verwaltungsapparat mit sozialer Inhalt zu erfüllen. Das rege gewerkschaftliche Interesse an der Schaffung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetze, das durch mündliche und gedruckte Propaganda sich nicht nur betriebsfremd, sondern mehr noch meinungsformend auswirkt, legt von diesem Willen kein zweites Zeugnis ab. Auf die sozialen Gesichtspunkte Rechnung tragende Form- und Ausgestaltung des Staatsapparates trifft daselbe zu. Hier sei nur an die Bedeutung der Polizei in einem großen Arbeitskämpfe erinnert. Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik ist dafür ein selbsterhellendes Beispiel. Ebenso bedeutungsvoll für das Arbeiterschicksal ist der Geist, der die vielen Funktionen der großen sozialpolitischen Institute beherrscht. Vom Präsidenten eines Landesarbeitsamtes bis zum letzten Außenbeamten — jeder trägt seinen Teil dazu bei, das Schicksal des aus seiner Arbeit geworbenen Menschen zu formen. Für dieses aber sind die Gewerkschaften die naturgegebenen Zeughänder, und deshalb ihr großes Interesse an dem Geist, der den Behördenapparat erfüllt.

Das alles sind hohe staatspolitische Aufgaben, die unabwehrlich in den gewerkschaftlichen Wirkungskreis fallen. Freilich haben sie nicht das allermindeste mit parteipolitischen Bestrebungen zu tun. Ja, ihre zweckmäßigste Lösung ist oft dann am ehesten garantiert, wenn diese ganz oder recht weit zurücktreten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch an die Fragen heranzugehen, die hier zur Behandlung stehen: Staatsform durch Verwaltungsvereinfachung, Ausgestaltung des Verwaltungsapparates, Einheitsstaat.

Das gewerkschaftliche Interesse an all diesen Problemen ist sehr mannigfaltig, weil es in erster Linie Angelegenheiten der Finanzverwaltung sind. Jedes deutsche Land hat sein eigenes Parlament, eigene Minister und hohe Verwaltungsbeamte. Die dafür zu verwendenden Ausgaben stehen bei den kleinen Staaten in keinem Verhältnis zu der Einwohnerzahl. Es ist immer zu bedenken, daß die meisten dieser „Staaten“ sich als Nischen unter ihresgleichen vornehmen, wenn sie auch nur annähernd so viel Einwohner zählen, wie die deutsche Reichshauptstadt. Nur wenige von ihnen verfügen über eine nennenswerte Industrie. Die unverhältnismäßig hohen Lasten aber müssen aufgebracht werden, und zwar von der Wirtschaft. Die daraus sich ergebenden Steuerlasten könnten zwecklos in viel nutzbringender Weise dem einzelnen Bürger zugutegeteilt werden. Eine entsprechende Lohnaufbesserung wird gewiß jedes dieser „Landeskinder“ der eigenstaatlichen Schutzmännern und der Vertretung durch ein eigenes Parlament und Ministerium vorziehen. Noch immer ist der Kulturforschritt von der Hebung der materiellen Lage der breiten Volksschichten ausgegangen und noch nie von „landesstaatlicher Eigenart“. Dieser kostspielige Luxus mag ruhig verschwinden, denn er muß von der arbeitenden Bevölkerung

getragen werden, die an seinem Fortbestand kein Interesse hat. Es handelt sich hier um einen Akt der Rationalisierung. Daß diese Opfer erfordert, spürt der im Betrieb Tätige leider allzuoft. Wenn auch andre Volksschichten das einmal zu fühlen befähigt, wäre es nur eine heilsame Lehre. Vielleicht hätte sie gar zur Folge, daß man sich auch dort von diesem unerbilligen Zug in der Wirtschaftsentwicklung ein eigenes erfahrungsgemäßes Urteil bilden könnte.

Die unnötige Finanzlast ist aber nicht der einzige wirtschaftliche Mangel des balkanisierten Staatengebilde des Deutschen Reich. Im mitteldeutschen Raumbereich liegen beispielsweise zwei Städte, Staffort und Leopoldshall. Der uneingeschweifte Besucher hält sie für eine Stadt. Aber weit gefehlt. Nicht nur das sind sie nicht, sondern — obwohl sie ganz ineinander überfließen — sie gehören sogar verschiedenen Staaten an. Staffort ist preussisch, Leopoldshall gehört zu Anhalt. Für die Vertretung der dortigen Industrie und des Handels wirken zwei Handelskammern, obwohl nichts natürlicher wäre, als daß eine das täte. So erhöhen sich natürlich die Handelskammerbeiträge, und diese wiederum geben zu Lasten des Betriebes. Um Betrieb wird über alle Maßen rationalisiert. Warum nicht auch in der organisatorischen Vertretung von Industrie und Handel?

Am augenfälligsten zeigen sich die Notwendigkeiten einer durchgreifenden Staatsreform im Verkehrswesen. Ein Fortschritt ist hier nur auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens zu verzeichnen, das bei der Neuordnung unseres Staatswesens Reichsangelegenheit geworden ist. Aber auch hier werden noch Generationen damit beschäftigt sein, Abstände aus längst vergangenen Zeiten zu beseitigen. Im Kleinbahnwesen dagegen sind heute noch Linienführungen festzustellen, die mit Wirtschaftlichkeit nicht das mindeste zu tun haben. Die Endstationen liegen oft in ganz verkehrsarmen Gegenden, weil mit dem Nachbarstaat keine Einigung über Fortführung der Linien zu erzielen war. Fallstellen wurden nur in Ostpfälzen des jeweiligen Staates eingerichtet, was — meist die ganz kuriose Linienführung veranlaßt, u. a. Straßenbau und -instandhaltung ist Sache der einzelnen Länder und Provinzialverwaltungen. Hier sind oft die größten Absonderlichkeiten anzutreffen. Witten im freien Gelände hört die mit vieler Mühe gebaute Chaussee auf, weil dort zufällig die Landesgrenze liegt. Geht die Straße dagegen durchlaufend, so hören an dieser Stelle plötzlich die notwendigen Reparaturarbeiten auf, weil der angrenzende Staat finanziell nicht stark genug war, diese ebenfalls vornehmen zu lassen, oder weil die „zuständigen Stellen“ die Beratungen darüber noch nicht abgeschlossen haben, wie es im Besonderen heißt. Nur stelle sich vor, welche unglückliche Folgen derartige Zustände auf den sich immer mehr ausdehnenden Automobilverkehr haben müssen. Der Lastkraftwagen ist doch heute zum unentbehrlichsten Transportmittel geworden. Frachtkontingierung ist die unausbleibliche Folge. In irgendeiner Form aber trägt diese die große Masse der Arbeiter, entweder durch Preisauflage oder verklärten Lohn. Da niedriger Preis und hoher Arbeitslohn aber gewerkschaftliche Prinzipien sind, ergibt sich die Gegnerschaft der Arbeiter zu diesen Zuständen und das berechtigte Verlangen nach Beseitigung auf dem Wege der Staatsreform.

So sieht die wirtschaftliche Seite des Problems „Einheitsstaat“ aus. Aber daneben gibt es noch tausend andere Dinge, die vortrefflich geeignet sind, den „Grenzlandsbewohnern“ das Leben zu erschweren. Nur ein Beispiel dafür. Südlich von Weipensfelde, inmitten sibirischer Gebiete, liegt das preussische Dorf Küstigen. Eine eigne Schule hat es nicht. Die Kinder besuchen diese in Dotzen, einem Ort in Sachsen-Weimar. Vor 1815 gehörten beide Ortshäuser einmal zusammen, und deshalb laufen die Schulkinder heute noch eine Stunde nach dort zum Unterricht, obwohl sie nach dem sibirischen Petersberg nur zehn Minuten zu gehen hätten. Schon 75 Jahre schwaben Verhandlungen der einzelnen Länder untereinander, den Küstigen Kindern zu gestatten, die benachbarte Schule in Petersberg zu besuchen. Schränke können kaum noch die Akten fassen, die von allen möglichen und unmöglichen Behörden über diese Fall schon geschrieben worden sind, aber die armen Schulkinder machen in Schnee und Regen noch immer einen zweifelhafte vermeidbaren Schulfweg.

Wir haben dieses Beispiel gewählt, weil es den heutigen Anflug deutscher Vielstaaterei am deutlichsten in seinen geradezu grausamen Auswirkungen zeigt. Es ist in allen andern Fällen genau so. Zum zuständigen Landratsamt, der Krankenkasse, dem Wohlfahrtsamt, dem Amtsgericht und ähnlichen Behörden sind oft Tagereisen erforderlich. Tagereisen zur Erledigung von Amtsgeschäften, die bei vernünftiger Staatsorganisation in Stunden erledigt sein könnten. Und das alles heute, im Zeitalter der Rationalisierung, der Ozeanflüge und des Radio.

Derartige Zustände mit beseitigen zu helfen, ist gewerkschaftliche Pflicht. Ihrem Bemühen sind die mannigfachen sozialpolitischen Einrichtungen zu danken. Daß der, für den sie geschaffen worden sind, auch ihre Segnungen zu spüren bekomme, gibt ihnen erst den vollen Zweck und Sinn. Wenn mangelhafte Staatsorganisation das erschwert oder gar verhindert, ist die Reform notwendig. Bei der Bezirksabgrenzung der Landesarbeitsämter nach Wirtschaftsgebieten wurde gleich bei ihrer Gründung dieses Abol ausgesprochen. Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch gewerkschaftliche Initiative neue, bessere Wege auch auf dem Gebiete der Staatsreform eingeschlagen werden können. Mag man an diesem Beispiel auch auf andern Gebieten der Verwaltung folgen. Viel unnötige Ausgaben, aber noch mehr Unbilligkeiten und Härten können dadurch vermieden werden.

Das Genossenschaftswesen

Genossenschaftswesen und Nationalwirtschaft

Es spricht für die außerordentliche Vielseitigkeit und ökonomische Bedeutung der genossenschaftlichen Wirtschaftsform, daß sie, als Wirtschaft den politischen Problemen gegenüber neutral, sowohl von zwei extremen großen politischen Richtungen des Auslandes, wie von der größten politischen Partei Deutschlands als besondere Form der Nationalwirtschaft anerkannt wird. Ist es doch kein anderer gewesen als Karl Marx, der Begründer des theoretischen Sozialismus, der in seiner Inauguraladresse an den Genfer internationalen Arbeiterkongreß das Genossenschaftswesen „auf nationaler Stufenleiter“, d. h. im großen Ausmaß der wirtschaftlichen Staatsnotwendigkeiten als die Wirtschaftsform der Zukunft sah. Er beurteilte in seinem Londoner Exil die Entwicklung der Konjunkturgenossenschaftlichen Bewegung so, wie ihm die Tatsachen des heutigen genossenschaftlichen England recht gaben, wo die Bewegung in Handel und Industrie von entscheidender Bedeutung für Arbeitsmethode, Arbeitsverhältnis und Preisbildung geworden ist. Und Karl Kautsky, der bekannte sozialdemokratische Theoretiker und Nachfolger von Karl Marx, vertritt den wirtschaftlichen Sozialismus mit einer ungeheuren Konjunkturgenossenschaft, die auf der Basis des Güterverbrauchs die Gütererzeugung reguliert.

So kann es eigentlich nicht wundernehmen, wenn Lenin die bereits vorhandene russische Genossenschaftsbewegung zur Grundlage der russischen Nationalwirtschaft im Handel bzw. der Warenverfertigung machte, denn es blieb ihm und den nachkommenden russischen Machthabern der bolschewistischen Diktatur gar nichts anderes übrig. Die russische Wirtschaft konnte sich nur durch die Genossenschaften halten und weiter entwickeln, wobei das Experiment der Staatsgenossenschaften elend Schiffbruch erlitt, weil das Wesen der Genossenschaft nur in der selbständigen Entwicklung gedeihen kann. Und heute noch leidet die russische Genossenschaftsbewegung schwer unter der Patronisation des bolschewistischen Systems, das den Sinn für Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zerstört, also von zwei Elementen, ohne die eine wirtschaftliche Entwicklung einer gebunden genossenschaftlichen Volkswirtschaft einfach unmöglich ist.

Diesen bolschewistischen Linksexzemen der genossenschaftlichen Nationalwirtschaft stellt sich das tschechische Rechts- extrem des ehemaligen Sozialisten Mussolini gegenüber, der aus gleichem Gesichtswinkel wie Marx und Lenin sah, daß die Genossenschaftsbewegung als Wirtschaftselement der Zukunft schon heute eine besondere Bedeutung für die Nationalwirtschaft besitzt. Freilich ist diese Tatsache schon lange vor der Gewaltherrschaft Mussolinis dem italienischen Staatsmann und Freiheitshelden Mazzini, einem glühenden Genossenschaftler, bekannt gewesen, und der kürzlich verstorbenen früheren italienischen Ministerpräsident und Genossenschaftsführer Luigi Luzzati hat ohne Antastung der Selbständigkeit der Genossenschaftsbewegung ihr außerordentliche staatliche Entwicklungsmöglichkeiten verschafft, die sie in die erste Reihe der internationalen Genossenschaftsbewegung stellte. Aber wie die extreme bolschewistische Linke, so zertrümmerte die extreme tschechische Rechte die Selbständigkeit der Genossenschaftsbewegung mit dem gleichen Argument, daß in ihren Verwaltungen die „konterrevolutionären“ Führer und Elemente lägen.

Und nun ergibt sich das seltsame Schauspiel, daß die Regierung Mussolinis am 28. Oktober dieses Jahres in Rom eine Landesausstellung des Genossenschaftswesens veranstaltete, um, wie es in einer italienischen Fachzeitschrift heißt, „eine eindrucksvolle Umgebung der Produktions-, Arbeits- und Verbrauchskräfte in der wachsenden Atmosphäre des Genossenschaftswesens zu verankern, das eine bedeutungsvolle Triebfeder zur wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes darstellt.“

Allerdings scheint auch Mussolini bereits erkannt zu haben, daß die staatliche Förderung des Genossenschaftswesens seine wirtschaftliche Selbständigkeit nicht aufheben soll, denn nach der Umgebung der Regierung „müssen die Genossenschaften in erster Linie aus eigener Kraft zu leben verstehen“. Außerdem soll, „was der Staat dem Genossenschaftswesen leiht, ihm zehn- und hundertfach wieder zuzufügen in Form einer sozialen und wirtschaftlichen Stärkung der breiten Volksmassen.“

So ist es gewiß außerordentlich bezeichnend, daß die wichtigsten politischen Richtungen und Strömungen der Zeit, sobald sie zur Macht gelangen, die besondere ökonomische Bedeutung der Genossenschaften für die Nationalwirtschaft ihrer Länder erkennen und betonen. Die Theorie von Karl Marx hat durch die Praxis bereits gefestigt, und es kommt nur darauf an, die Genossenschaftsbewegung „auf nationaler Stufenleiter“ zu entwickeln. ff.

Korrespondenzen

Bamberg. Unser Bezirksverlamentung fand am 22. Januar hier statt; sie hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Bezirksvorsitzender Hübing er begründete die Erhemenen, unter ihnen den Gauvorsitzer Döbling (München). Der Bericht des Bezirksvorsitzenden war in Kürze erledigt. Aus dem Kassenericht war zu sehen, daß ein Kassensaldo von 600 M. vorhanden war. Sodann hielt Kollege Hübing einen Vortrag über: „Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften in der heutigen Zeit“. Welcher Beifall lohnte ihm für seine vorzüglichen Ausführungen. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen wurde folgende Resolution gefaßt: „Die in Bamberg tugende, sehr gut besuchte Verammlung des Be-

F. Vogt (Kochum).

zirls Bamberg beauftragt ihren Gauvorsteher, bei den demnächst stattfindenden Tarifverhandlungen energisch dahin zu wirken, daß eine der gegenwärtigen schweren Notlage der Gehilfenchaft des Buchdruckergewerbes entsprechende Besserstellung in der Lohnfrage erreicht wird. Zum Schluß wurden noch einige tarifliche Angelegenheiten erörtert. — Am Nachmittag fand ein gemütliches Beisammensein aller Kollegen statt, gewürzt durch sonstige Vorträge und gediegene Lieder der „Typographia“ Bamberg.

Berlin. (Maschinenseher.) Kollege Engelmeier eröffnete die von über 1000 Mitgliedern besuchte Generalversammlung am 22. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Im Jahresbericht gab der Vorsitzende Aufschluß über die Arbeiten des Vorstandes im Jahre 1927. Die Mitgliederzunahme hat 1927 weiter angehalten, und es sind etwa 100 Mitglieder dem Verein neu beigetreten. Kollege Elias beleuchtete die finanzielle Seite der Geschäftsführung und wies dabei auf den Kasienbericht im Jahresbericht. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Die Diskussionsredner, die teils für den bisherigen, teils für einen neuen Vorstand mit Kollegen Schönfelder als Vorsitzendem eintraten, betonten alle anerkennend die vom Vorstand im Interesse der Sparte geleistete Arbeit. Zum Punkt „Wahlen“ beteiligte sich eine staatliche Anzahl Kollegen an der Aussprache. Mit großer Mehrheit wurden gewählt die Kollegen Otto Mahlo als erster Vorsitzender und Siegfried Elias als Kassierer. Nach der Wahl sprach der Kollege Mahlo unter Beifall der Versammlung dem wegen Krankheit auscheidenden Kollegen Engelmeier den Dank für die gute Führung der Vereinsgeschäfte aus. Sodann erfolgte die Wahl des Kollegen Mahlo als Vertreter des Vereins im Gauvorstand. Die Technische Kommission wurde in ihrer alten Zusammensetzung wiedergewählt, mit Ausnahme des Kollegen für den Typograph, der ausstieß. Infolge dessen wurde ein anderer Vertreter gewählt. Die Tarifkommission blieb ebenfalls unverändert. Der Festkommission gehören drei Kollegen an. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde die Beibehaltung des derzeitigen Verammlungslokals, der Kammerstraße, gegen vier Stimmen beschlossen.

Dresden. (Korrektoren.) Am 29. Januar fand unsere Jahres-Hauptversammlung unter starker Beteiligung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der Verstorbenen des vergangenen Jahres. Besonders warme Worte fand er für den Kollegen Müller. Nach Neuaufnahme eines Mitgliedes gab Kollege Sahlmann zum gedruckten Jahresbericht wichtige Erläuterungen. Vor allem ging er auf den Versammlungsbesuch, auf das Vereinsleben, das er in drei Etappen, und zwar Jahres-Hauptversammlung, Gründungs- und Wander-versammlung, stufte, die Stellung zum Verband und unsere bekanten Forderungen ein. Schmerzenskinder seien die mittleren und kleineren Betriebe, in denen der Seherjah nach noch viele Korrekturen unterzogen seien, deren Arbeit jetzt von Bureaukräften usw. erledigt wird. Wegen wie in den Versammlungen seien auch hier unsere Kollegen zu wenig aktiv. Besondere Befürchtung erfüllte den Vortragenden um unseren Nachwuchs. Auch die Berufs-fremden- und Schwerekriegsbeschädigtenfrage sollte er auf. Vor Anzeigen betriebs Korrekturen im Nebenberuf warnte er besonders. Der Mitgliedsverband hob sich um 20 Mitglieder auf 123. Der Kasienbestand ist günstig. Bericht des Bürgerworts und des Rechtschreibauschusses folgten. Beim Punkt „Wahlen“ erfolgte einstimmig Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte. An seine Stelle wurde ein anderer Kollege einstimmig gewählt. Dem scheidenden zweiten Vorsitzenden, Kollegen Meyer, widmete der Vorsitzende Worte des Dankes. Die Wahl des Rechtschreibauschusses wurde wegen notwendig werdender Satzungsänderung verschoben. Als diesjährigen Wanderversammlungsort wählte man Sebnitz. Hierauf fanden noch verschiedene interne Angelegenheiten Erledigung. Mit besten Wünschen für eine glückliche Heimkehr an die aus-

wärtigen Kollegen schloß Kollege. Sahlmann die gut verlaufene Versammlung.

Frankenthal (Wfal). Unsere leider nur mäßig besuchte Generalversammlung am 22. Januar erdffnete Vorsitzender Nle mit begrüßenden Worten und hieß besonders unsere Bezirksvorsitzenden Kollegen Casper (Wandwigsfahen) herzlich willkommen. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, dem der Kasienbericht des Kollegen Scherr folgte. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde erteilt. Der Vorklugsleiter Kollege Nrschel gab eingehend Aufschluß über seine Tätigkeit in der Vorklugsabteilung. Es sei ihm auch an dieser Stelle für seine schönen Erfolge herzlich gedankt. Auch der Kartellbericht desselben Kollegen fand aufmerksame Zuhörer. Die Neuwahl der Vorstandschafft ergab keine nennenswerten

um 340 M. gehoben. Für seine tadellose Kasienführung wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Den Bericht von der Vorklugsabteilung gab Kollege Trautmann. Mit den erstellten Fortschritten war man zufrieden. Beitrag und Leistungen bleiben unter bisher. Sämtliche amtierenden Vorstandskollegen wurden wiedergewählt, ebenso die Vorklugsleiter, Schiedsamtbesitzer und Kartellbedienten.

Kaiserslautern. (Maschinenseher.) Unsere Generalversammlung am 29. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nicht vertreten waren die Druckere Nienafens und Waidischbach. Vorsitzender Heinrich erstattete den Jahresbericht, dem allgemeines Interesse entgegengebracht wurde. Dem Kasienbericht, den Kollege Peterhänfel erstattete, war zu entnehmen, daß der Kasienbestand des Jahres 1927 ein Kasienbestand von 269,70 M. vorhanden war. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 35. Die von der Zentralkommission herausgegebene Broschüre „Zehn Jahre elektrische Sehmachinenbeziehung“ wurde an die einzelnen Druckereien verteilt. Hierbei hielt Kollege Heinrich einen Vortrag über „Die elektrische Heizung an den Sehmachinen“. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Zweibrücken statt.

Krefeld. (Maschinenseher.) Die Jahreshauptversammlung der hiesigen Bezirksvereinigung fand am 28. Januar statt. Die Mitteilungen des Vorsitzenden nahm die Versammlung zur Kenntnis. Zwei Neuaufnahmen wurden getätigt. Der Kassierer gab den Kasienbericht, und es ging daraus hervor, daß die Kasienverhältnisse zufriedenstellend sind. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Es folgte sodann ein Vortrag des Schriftleiters Herrn M. Dietrich über „Schwierigkeiten der deutschen Sprache“. Der Vortrag konzentrierte sich nach einleitenden Worten über die Nelschaltigkeit dieses Themas auf die Anwendung des Eigenschaftswortes in den verschiedenen Fällen und auf die Schreibweise der starken und schwachen Endungen. Im Hand von sehr praktischem Anschauungsmaterial veruchte der Referent ein Grundschema über seine Ausführungen in den Versammlungssteilnehmern zu vertiefen. Wenn es auch nicht möglich war, daß man sich in der kurzen Zeit dieses Schemas felt einprägte, so dürfte aber doch jeder Zuhörer des Vortrages manche Belehrung in sich aufgenommen haben. Dem Referenten für seine lehrreichen Ausführungen auch an dieser Stelle unser aller Dank. Es wäre zu wünschen, daß das Thema auch einmal vor einem größeren Kreise behandelt werden würde, denn es war wirklich lehrreich. Der Vorsitzende gab sodann den Jahresbericht. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Man unterließ sich sodann noch über das geplante Maschinenseherfestren in Köln und den Besuch der „Bressa“. Die nächste Versammlung wird darüber Bestimmteres beschließen.

Köln. (B.) Unsere Generalversammlung am 28. Januar hatte im Gegensatz zu den im Laufe des Jahres abgehaltenen Versammlungen einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. In seinem Geschäftsbericht gab Kollege Nibel einen erschöpfenden Rückblick über die geleistete Arbeit, wobei festgehalten werden konnte, daß das abgelaufene Jahr felt langer Zeit das erste ist, in welchem keine größeren tariflichen Zwischenfälle zu verzeichnen waren. Der Bericht des Vorklugsleiters zeigte, daß auch hier positive Arbeit geleistet wurde. Der Vorstand hat zu Ende des Jahres um Verhandlungen zwecks Einlegung von Nachfragen an der Gewerbeschule nachgehakt, die vor-aussichtlich auch durchgeführt werden. Die Massenverhältnisse zeigten felt zu erfreuliches Bild, was wohl, wie aus dem Bericht des Bibliothekars zu entnehmen war, auf die Neuanfassungen für die Bibliothek zurückzuführen felt dürfte. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, den Beitrag um 5 Pf. zu erhöhen, was auch genehmigt wurde. In Zukunft soll die Zufellgebür für den „Korr.“ aus der Drkstoffe gezahlt werden. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt, und die Wahlen brachten keine Veränderung. Um das kollegiale Leben etwas aufzufrischen, wurde eine Vergnügungskommission gewählt. Nachdem der Vorsitzende noch auf den Besuch der „Bressa“ aufmerksam gemacht hatte, dabei bemerkend, daß Sparmarken beim

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Schulze in Leipzig
Eingetreten: 16. Februar 1878
Ortmann & Trömel (Leipzig)

Änderungen, was besonders auf das gütige Zureden des Bezirksvorsitzenden zurückzuführen war. Unter „Berufschiedenem“ wurde noch mitgeteilt, daß das diesjährige Bezirks-johannisfest hier stattfindet; mit dem des Vorklugsleiters fest unser Ortsvereins verbunden sein wird.

Gen. (Unsre Jahres-Hauptversammlung) am 28. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Rante begrüßte die Erschienenen mit dem Wunsch, daß die Erwartungen, die auf das neue Jahr eingestelt sind, alle in Erfüllung gehen möchten. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurden verschiedene Mißstände vorgebracht, und der Vorstand wurde beauftragt, für Abhilfe Sorge zu tragen. Scharf gerügt wurde, daß das Gewerbeaufsichtsam auf eine Beschwerde nichts von sich hören läßt. Ein Kollege wurde aufgenommen. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Ende vorigen Jahres 222. Mehrmals mußte bei unbedachtiger Einstellung von Lehrlingen die Handwerkskammer in Anspruch genommen werden. Als bedauerlich muß das Eingehen des Gefangenenvereins bezeichnet werden. Der Kasienbericht lag den Mitgliedern gedruckt vor. Kollege Mohl gab noch einige Erläuterungen. Der Bestand hat sich

Für unsere Frauenwelt

Die Frau als Staatsbürgerin

Es sind jetzt gerade achtzig Jahre vergangen, seitdem eine der Frauen von 1848, Luise Otto-Peters, auf eine Anfrage in Blums Vaterlandsblätter forderte: „Es ist nicht nur das Recht, es ist die Pflicht der Frauen, an den Interessen des Staates teilzunehmen.“ Die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Pflicht hat die Revolution vom 9. November 1918 den Frauen gegeben. Seit etwa zehn Jahren also haben die deutschen Frauen die politische Gleichberechtigung. Man hört häufig sagen, die Bewegung von 1918 sei gar keine Revolution gewesen. Dabei denkt man gar nicht daran, daß damals achtzehn getränkten Häuptern die Krone vom Haupte fiel, daß ihre Throne umgestoßen wurden und das deutsche Volk seinen Willen erklärte, souverän zu sein, anstatt Soveränen zu dienen. Das war also doch eine Revolution. Vor allem aber für die Frauen bedeutete der 9. November 1918 eine Revolution. Während des ganzen Krieges hatte man an den größten Teil von ihnen Anforderungen gestellt und Pflichten von ihnen verlangt, die zum Teil weit über ihre Kräfte gingen. Man holte die Frauen, von denen romantische Seelen geschwärmt hatten, sie gehörten ins Haus, aus dem Kreise ihrer Familien heraus und bildete ihnen Lasten auf, die kaum ein Mann ertragen hätte. Sie mußten ihre Kinder fremden Händen anvertrauen und erduldeten mit ihnen den ganzen Druck der Hungerblödade, ganz abgesehen davon, daß man es auch als ihre selbstverständliche Pflicht ansah, ihre Gatten und Söhne allen Gefahren des Krieges preiszugeben. Aber Rechte gab man den Frauen nicht. Erst als am 9. November 1918 die politische Arbeiterpartei die Zügel des verfahrenen Staatswagens in die Hand nahm, war es eine ihrer ersten, ihr selbstverständ-

lichen Handlungen, daß sie die politische Gleichberechtigung der Frauen proklamierte. Die Vertreterin Steiermarks erklärte kürzlich, als sie Präsidentin des österrreichischen Bundesrats wurde, die Frauen verankerten ihre veränderte Stellung der Demokratie. Das trifft aber nicht zu. Gerade bei den Demokraten befanden sich viele sehr eifrige Gegner des Frauenstimmrechts. Das hat übrigens auch wieder Luise Otto schon vor achtzig Jahren erkannt, als sie ihr „Sendeschreiben an die Verbrüdeten“ (die von dem Buchdrucker Stephan Born gegründete Arbeiterorganisation) entließ. Der Berliner Kongress dieser Organisation hatte beschlossen, daß Arbeiterinnen „unter gleichen Verpflichtungen gleiches Recht“ besitzen sollten. Darauf schrieb Luise Otto: „Arbeiter, Ihr habt damit die andern Männer beschämt, die Männer der Wissenschaft, des Staates, der Geschäfte usw. ... Ein neuer Tag ist angebrochen. So bin ich denn gewiß: Ihr habt es nicht vergessen, daß Ihr auch Schwestern habt.“

Der anfänglich sehr großen Begeisterung der Frauen und ihrem Interesse an der Politik ist in letzter Zeit in weiten Kreisen Müdigkeit — um nicht zu sagen Gleichgültigkeit — gefolgt. Willentlich waren die Hoffnungen anfangs zu sehr überspannt. Willentlich haben die Frauen auch noch gar nicht recht begriffen, daß trotz eines verlorenen Krieges und trotz wirtschaftlichen Zusammenbruches sich Großes und Neues vollzogen hat, dessen Folgen sich erst in der Zukunft richtig auswirken werden. Zehn Jahre sind eben in der Geschichte der Menschheit eine recht kurze Zeit. Haben die Frauen diese Zeit wirklich so genützt, wie sie es hätten tun sollen und können? Die letzten Reichstagswahlen haben eine starke Mehrheit der Rechten ergeben. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Einfluß der Frauen auf dieses Resultat von großer Bedeutung gewesen ist, wie ja auch die früher frauenfeindlichen Parteien es sehr gut verstanden haben, sich heute äußerst frauenfreundlich zu zeigen. Die deutsch-

nationale Partei hat vor ihrem Regierungsantritt Wunderdinge versprochen, wie sie durch gerechte Aufwertung und andre Gesetze der Not der Kleinrentner ein Ende machen wollte. Was ist geschehen? Ganze 9 M. hat man den Kleinrentnern zu Weihnachten bewilligt! Es heißt, es sei felt Geld da. Als aber die Prüfen abgehalten wurden, da war Geld genug da. Die frühere Königin von Württemberg, die sehr reiche Verwandte hat, sollte z. B. mit 70 000 M. taum handesgemäß leben können! Der künftige Reichstag wird auch darüber zu entscheiden haben, ob es im Deutschen Reich immer so bleiben soll, daß eine ehemalige Fürstin 70 000 M. bekommen kann, während Tausende wirklich Notleidender günstigstenfalls 600 M. erhalten.

Die Regierungsparteien des Bürgerblocks haben erklärt, an unfrer schlechten wirtschaftlichen Lage seien die Arbeiter schuld, die nicht länger als acht Stunden arbeiten wollten. Dabei können viele Angehörige dieser Parteien ihre Arbeiter nicht einmal acht Stunden beschäftigen und tragen durch Massenentlassungen zur Verhäufung der Arbeitslosigkeit und damit zu erneuter finanzieller Belastung des Staates bei. In diesen Parteien sitzen Industrielle, Bankiers und Generaldirektoren, deren Einkommen ein Mehrfaches der Ministergehälter beträgt. Die Frauen können durch ihre Wahlzettel mit darüber bestimmen, ob der trasse Unterchied zwischen solchen Einkommen und den Arbeiterlöhnen immer bestehen bleiben soll. Eine sehr starke Stütze finden die Parteien der gegenwärtigen Rechtsregierung an den Hausfrauen. Wir haben konfessionelle Hausfrauenorganisationen, aber feltler feltne Hausfrauen-gewerkschaft. Die Mitglieder der Hausfrauenorganisationen, die stark unter dem Einfluß der Kirche stehen, erfahren nichts davon, wie unsere Lebensmittel künstlich verteuert werden durch Einfuhrbeschränkung (zum Beispiel für Gefrierfleisch) oder durch hohe Zölle, die den deutschen Grund-

Kollegen schnurr zu erhalten seien, wurde die schon verlaufene Verammlung mit der Aufforderung an die Kollegen, die Verammlungen im kommenden Jahr besser zu belegen, angehalten.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

besther vor billiger Abgabe seiner Erzeugnisse schühen. Auch die Hausfrauen können also mit ihrem Stimmzettel für eine Verrbilligung unserer gesamten Lebenshaltung sorgen. Ferner sitzen heute in den regierenden Parteien die Haus- und Grundbesitzer, die alle Anstrengungen zur Aushebung der Wohnungszwangswirtschaft und damit zu ungemessenen Mietssteigerungen machen. Wer billig und gesund wohnen will, muß für die Partei stimmen, die den Grund und Boden zum Staats- oder Städtebesitz machen will. Am Scheidewege stehen schließlich auch die Mütter, denen im geplanten Reichsschulgesetz eine Trennung der Kinder nach Konfessionen zugemutet wird. Glücklicherweise ist das Gesetz als vorläufig gestoppt anzusehen. Anstatt der so oft gepriesenen Einheit soll also eine neue Zerküftung in unser Volk getragen werden.

Wenn wirklich die Mehrheit der Frauen erkennt, welche Partei einzig und allein für ihre Gleichberechtigung kämpft, dann muß die politische Arbeiterpartei gerade durch die Stimmen der Frauen sehr gestärkt werden. Dann könnten die Frauen auch darauf bestehen, daß ihre Gleichberechtigung wirksamer als bisher durchgeföhrt wird. Eine Partei, die stark durch Frauentimmen gestützt wird, hat auch erhöhte Pflichten gegen die Frauen. Das Jahr 1928 bringt große Entscheidungen für das ganze deutsche Volk. Die Frauen stehen am Scheidewege. Vor zehn Jahren sind ihnen Rechte gegeben worden, deren Wert sie noch gar nicht recht erkannt haben, weil viele von ihnen nicht darum zu kämpfen brauchten. Aufgabe der nächsten Monate wird es sein, sie darüber aufzuklären, in wie hohem Grade von ihrer Entfcheidung die Zukunft unseres Volkes abhängt, und sie dadurch zu veranlassen, am Scheidewege die rechte Bahn einzuschlagen.

Stuttgart.

Anna Wlos.

Kollege die Wahl ablehnte. Zum Schluß drückte der Vorsitzende die Hoffnung aus, daß sich möglichst alle Kollegen an dem 23. jährigen Jubiläum der Mittelrheinischen Maschinenlehrgesellschaft beteiligen möchten, das im Laufe dieses Jahres stattfindet.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wien. Unser Jahres-Hauptversammlung am 21. Januar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Burmeister dem verstorbenen Senator Paul Hoff, der früher als Arbeitersekretär und seit 1919 als Senator in den verschiedensten Verwaltungskörpern zum Besten der arbeitenden Schichten wirkte, einen warmherzigen Nachruf. Danach folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. Von der Lehrlingsabteilung konnte über guten Verammlungsbesuch und reges Interesse für Wanderungen berichtet werden. Aus dem umfangreichen Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich die Kassenerhältnisse günstig entwickelt. Für Bibliothekszwecke wurde Einzahlung 100 M. Der Vorstand wurde in der bis herigen Zusammenkunft wieder gewählt. Vier Verbandsveteranen haben wir in unserer Mitte, und zwar die Kollegen Kl. 67, Bodnik 54, F. 4. 6. und W. 6. 8. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

der Vorsitzende die Kollegen zu weiteren treuen Zusammenhalten. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Kollege Freytag erstattete den Kartellbericht, und Kollege Ditsch referierte dann über die Krankentafelwesen und gab bekannt, daß er wieder in den Krankentafelvorstand gewählt sei. Er erläuterte die Gründe der am 1. Januar eingetretenen Beitragserhöhung und wußte sonst noch manches Wissenswertes über dieses Institut zu sagen. Nach lebhafter Aussprache unter dem Punkt "Verchiedenes" fand die anregende Verammlung ihr Ende.

Worms. Unser Jahres-Hauptversammlung am 29. Januar war nicht gerade besonders gut besucht. Unter "Mitteilungen" konnte der Vorsitzende erläutern, daß eine Besprechung zwischen Vertretern der Prinzipale sowie Gehilfen in Frankfurt a. M. über die so lang ersehnte Lehrlingsordnung stattgefunden hatte, die erfolgreichstend vertief. Ausgenommen wurden zwei Kollegen, während ein Kollege zum Ausschluß gestellt werden mußte. Nach Erledigung des Geschäftlichen erfolgte sodann ein Vortrag über "Gewerkschaften und Genossenschaften". Der Referent, Geschäftsführer Sager des Konsumvereins, gab sich die größte Mühe, den Kollegen vom Wert und Nutzen der Konsumerbewegung zu überzeugen. Er forderte sie auf, als Gewerkschafter sich der Genossenschaft fester anzugliedern, auch im häuslichen Leben, um durch die eignen Erzeugnissen jeder Konkurrenz entgegenzutreten zu können und in dem Bewußtsein, seine Pflicht als Gewerkschafter und Genossenschaftler erfüllt zu haben. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall, ein Zeichen, daß die Kollegen bei der Sache waren. Schließlich wurden unter "Verchiedenes" noch diverse interne Angelegenheiten erledigt.

Witzburg. In letzter Zeit ist unser Verammlungsleben im erfreulichen Aufschwung begriffen. Gut besucht war die Verammlung Mitte Dezember, in welcher unser neugewählter Vorsitzender M. Schumacher über "Lohnsystem und Leistungsgradmesser im Buchdruckgewerbe" referierte. Sehr gut besucht war auch die Bezirksversammlung am 27. Januar. Diese hatte als Haupttagsordnungspunkt ein Referat unfres Gauvorstehers Döhling über: "Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften, unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruckgewerbes". Der Redner fand mit seinen trefflichen Ausführungen den ungeteilten Beifall der Verammelten. Anschließend hieran wurde die Wohnfrage eingehend erörtert. Der Niederschlag dieser Aussprache war nachfolgende, einstimmig angenommene Entscheidung: "Die überfüllte Verammlung des Bezirks Witzburg soll mit Genuttung Kenntnis von der Abndigung des Lohnabkommens seitens des Verbandsvorstandes und kommt nach eingehender Aussprache über die Wirtschaftslage im allgemeinen und die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe im besondern zu nachstehendem Ergebnis: Trotz Inber und sonstigen theoretischen Rechenkunstsünden liegen die Buchdruckerlöhne nach den praktischen Erfahrungen noch weit unter der Fortschrittbasis. Ist es doch kaum möglich, mit den niedrigen Löhnen den notwendigen Lebensunterhalt und die laufenden Ausgaben für den Haushalt zu bestreiten, viel weniger noch den durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre heruntergewirtschafteten Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Im Hinblick auf das Profittreiben und die Wirtschaftsauffassung des deutschen Unternehmertums erachtet die Verammlung es ferner als dringend erforderlich, daß die Löhne mit dem Anteil der Gehilfenschaft am Produktionsprozeß mehr in Einklang gebracht werden müssen, um so auch eine größere Ausnützung aus dem Ertrag ihrer Arbeit zu haben. Aus diesen Erwägungen heraus erwartet die Verammlung, daß Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter geeignete Maßnahmen und Anträge finden werden, um einen gerechten Ausgleich zwischen den Lebensbedürfnissen und der unzulänglichen Entlohnung der Buchdrucker herbeizuföhren und gelobt einmütig, geschlossen hinter ihren Vertretern zu stehen und mit dem größten Nachdruck jede Parole des Verbandsvorstandes zu befolgen."

Allgemeine Rundschau

Lehrplan für den Schulunterricht der Buchdruckerlehrlinge. Der im November v. J. vom Deutschen Buchdrucker-Verein und unserm Verbands ausgesellte Lehrplan für Buchdruckerlehrlinge ist jetzt im Druck erschienen und den Reichs- und Landesregierungen sowie allen Buchdrucker-schulen bzw. ihren Trägern mit dem Ersuchen um Berücksichtigung der Richtlinien zugefandt worden. Unsern Gauvorständen, Lehrlingsleitern und Gehilfenmitgliedern in den Fachauschüssen hat der Verbandsvorstand den Lehrplan kostenlos zugefellt. Sonstige Interessenten können ihn vom Verlage des Bindungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, zum Preise von 30 Pf. (ausschließlich Porto) beziehen.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in Ulm bestand der Seherkollege R. Moser (Wangen i. N.) die Meisterprüfung mit bestem Erfolg.

Bergnütigungen für den Ferienaufenthalt. Der Duzistenverein "Die Naturfreunde" teilte unserm Verbandsvorstande mit, daß er seine in Nordbayern gelegenen vier Häuser, nämlich Fichtelgebirgshaus, Reibener Haus, Gärtler Haus und Weissenburger Haus, den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu den gleichen Gehilfenhäfen bei Abernahrung und Aufenthalt zur Verfügung stellt wie seinen eignen Mitgliedern. Kollegen, die gewillt sind, die genannten Häuser während der Sommermonate zu besuchen bzw. zum Ferienaufenthalt zu benutzen, wollen sich rechtzeitig bei der Geschäftsstelle des Duzistenvereins in Nürnberg, Webergasse 1, melden, damit die Quartierfrage entsprechend geregelt werden kann.

Wertvoller Buchfund. Ein interessanter und sehr wertvoller Buchfund ist, Zeitungsmedungen zufolge, kürzlich in der Bibliothek eines bairischen Ritterguts gemacht worden. Hier fand der Ropenhagener Bibliothekar Dürrecker ein sogenanntes Blockbuch, ein Buch, das aus der Zeit vor der Erfindung der Buchdruckerkunst stammt und das nur ganz wenige Altersgenossen in der Welt besitzt. Das Buch ist in großem Quartformat und besteht aus sieben

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Str. 1101, 1141 bis 1145, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. D., Berlin S 14, Postfach 65, Postfachkonto Berlin Nr. 102387 (W. Schwelbisch).

Ausgabe von neuen Hefteskalifikationen
Zum 1. März zu werden wieder allmonatlich Hefteskalifikationen auszugeben und die Hefteskalifikationsverfahren angesetzt werden. Veränderungen im Amt des Hefteskalivertreters, in der Ausschreibung oder in der Ausschreibung sind dem Sachverwalter spätestens bis zum 10. des jeweiligen Monats (für die Hefteskalifikationen in diesem Jahre bis zum 20. Februar) mitzuteilen. Später eingehende Mitteilungen können für den betreffenden Monat nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Verbandsvorstand

Hau Leipzig: Die Leiter Willi Wogalla, geb. in Berlin 1886, ausged. am 19.11.1917; Karl Friedrich, geb. in Berlin 1905, ausged. am 1.12.1924, werden durch Nachberufung, bis innerhalb 14 Tagen im Verbandsbureau zu melden.

Eldestenveränderungen

Heilshaus (D. S.), (E. und Weiler) Vorsitzender: Erich B a r o d (Heilmann (D. S.)), Mollerstraße 19
Heilshaus, Vorsitzender: Paul B ö r l i n g, Wilmersdorfstraße 64; Kassierer: Leo W e i l g a, Braunschweiger Straße 16.

Hau Kreuznach, Vorsitzender: Toni Junat, Wilmersdorfstraße 21.
Hau (Hhd.), Vorsitzender: Konrad W a n e m, Gasstraße (Hindenburg).

Sur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die Geschäftsstelle Adresse:)
Im Gau Hamura-Wittona die Leiter 1. Adolf Hoffe, geb. in Salzwedel 1897, ausged. am 1.12.1917; 2. Willi W o g a l l a, geb. in Hildesheim 1895, ausged. am 1.12.1924; 3. Paul S e m e d e r g e n, geb. in Hamburg 1900, ausged. in Hamburg 1918; 4. der Bruder Paul W e i l s, geb. in Witten 1900, ausged. in Witten 1920; 5. der Schwiegerbruder Hans G e g e r t, geb. in Wittorf 1890, ausged. in Schwägerndorf 1919; waren schon Mitglieder. — Fr. Kambler in Hamburg, Weylandstraße 67 H.
Im Gau Oder der Leiter Heinrich S o f f m a n n, geb. in Reichen 1876, ausged. in Kyprien 1891; war schon Mitglied. — Gustav Heine in Steinfurt, Lindenstraße 20 L.
Im Gau Elbe der Leiter 1. der Leiter Frau F ö r k e r, geb. in Magdeburg 1897, ausged. am 1.12.1918; 2. der Maldringenler Artur S e i d e l, geb. in Wittenberg (Saale) 1898, ausged. in Wittenberg (Saale) 1916; waren schon Mitglieder. — Hugo Müllin in Halle a. d. S., Kl. Mühlstraße 7 I.

Heise- und Arbeitslofenunterstützung

Heilshaus, Das bisher gesandte Druckscheit wird in Zukunft nur noch an ausdiente Kolonnen gesandt.

Veranstaltungskalender

Berlin. Korrekturenversammlung Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in den „Eisenwerkstätten“, Dresdener Straße 52.
— S a n d s c h e r v e r s a m m l u n g Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in den „Mittler-Beitragen“, Kallert-Beitrag-Strasse 31.
Braunschweig. D r u c k e r v e r s a m m l u n g Sonntag, den 25. Februar, in „Eisenwerkstätten“, Wöhrdenstraße.
Dresden. T e c h n i s c h e v e r s a m m l u n g Sonntag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, der Soudahl, Kleine Plauenische Gasse 2.
Erfurt. V e r s a m m l u n g Dienstag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in „Vollhaus“.
Eberfeld-Barmen. M a c h i n e n f e h r e r F a h r e s a u f v e r s a m m l u n g Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Zur Pfalz“, Eberfeld.
Eberfeld-Barmen. W a r m e W a s s e r S o l l i n g. K o r r e k t u r v e r s a m m l u n g am Sonntag, dem 20. Februar, vormittags 10 Uhr, in V o w i n t e l, Volkshaus, Kaiserhof (Kallertstraße).
Halle a. d. S. M a c h i n e n f e h r e r v e r s a m m l u n g Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, in V i d. Kochs Hof, Verlanerstraße 51.
Dresden. V e r s a m m l u n g Sonntag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Eisenwerkstätten“, Aufsehlplatz.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Lebewegspaltene Millimeterhöhe für Stellenanzeigen und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den Korrespondent möglich nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10



Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder
Choraulnahmen der Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes auf „Homocord-Electro“
Gesangverein „Typographia“ Berlin, Chorleiter: A. Weinbaum, mit Homocord-Orchester
4-252 4-253
Sturm..... G. Ad. Uhmann-Lessen **Wann wir schreiten** ... A. Guhmann-H. Claudius
Vogel flieg weiter, Volklied A. v. Oehagen **Sonntag am Rhein** R. Schumann
Männerchor „Fichte-Georgialla“ Berlin, Leitung: W. Knöschel
Das heilige Feuer G. Ad. Uhmann-Lessen, „Aufstakt“ W. Knöschel-Fr. Mucho
Homocord-Platten! — Überall erhältlich! — Bezugsquellen weist nach:
Homophon-Company G.m.b.H., Berlin SW-68, Alexandrinenstr. 108

Eine wertvolle Bibliothek 26 Pf.

durch wöchentliche Ratenzahlung von nur
Auch als Geschenk bestens geeignet. Sämtliche Bände sind auf holzfreiem Papier gedruckt, in Leinen gebunden und im flächigen Umfang von etwa 320 Seiten. Preis für den Einzelband ab 1,30 M., gegen wöchentliche Raten von 26 Pf., und halbband 2,50 M., gegen wöchentliche Raten von 50 Pf. Alles ungekürzte Ausgaben.
1. Alexib, Selen d. S. v. Bredow
2. Mageranz, Selen d. S. v. Bredow
3. Bradwogel, Friedemann Was
4. Franzosi, Nedenburgerin
5. Pauli, Mählingerin
6. Keller, Mählingerin
7. Betti, M. Kolbans u. a. Nov.
8. Andwja, Velterschel
9. Weinhold, Velterschel
10. Storm, Nov. — Schimmelreiter
11. Immermann, Oberhof
12. Schell, Trommeter a. Sättlingen
13. Wörke, Novellen und Märchen
14. Falae, Eugenie Grandet
15. Goethe, Werthers Leiden
16. Heine, Buch der Lieder
17. Höpfer, Duperion, Gedichte
18. Poe, Kriminalnovellen
19. Jala, Ein Weibsbild
20. Adens, Weibsbildsbildern
21. Goethe, Faust
Weiterer Bände erscheinen demnächst. — Bei Übernahme von 5 Bänden erfolgt portos und freispesende Zusendung.
Etwas Gleichartiges war nie zuvor erreichbar und nie zuvor geboten.

Max Kälter, Verlagsbuchhandlung, Leipzig C1, Bayerische Straße 17.

Leipziger Maschinenfeger-Vereinigung
Sonntag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Lehrereverehaus“, Stamerstraße
Mitgliederberammlung
Zugeordnung: 1. Verelomittlungen, 2. Aufnahmen, 3. Verfallensentscheidungen.
Im zahlreichen Besuch bitte!
Der Vorstand.

Zigaretten
ein Leiner Genus
Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeiterportier 4 Pf.
IM KONSUMVEREIN

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker Ortsgruppe Stettin
Sonntag, den 4. März, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Aula der Kaiserin-Augusta-Wilhelmschule:
25. Gründungsfeier
Mitwirkende: Kurt Flering (Orgel), S. Reichel (Wolfe) und Besangverein „Typographia“.
Festredner: Vorsitzender des Bildungsverbandes d. D. B. Kallert, v. D. Preller (Berlin).
In dieser Veranstaltung verbunden mit einer Denkmalweihe, laden wir alle Kollegen und deren Angehörige zu zahlreicher Beteiligung hierdurch freundlich ein.
Der Vorstand. Der Festauswahlsch.

Faktor - erster Maschinenfeger
wirklich durchgebildete Kraft, sicherer Statistiker und Disponent, gewandt im Verkehr mit der Buchdruckerei, der einen größeren Personal mit Takt versehen kann, von 2000 „Druckerei“ Leistungen mit Erfolg auf demselben Posten versehen, wollen sich melden. Offerten unter Nr. 295 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

„Heureka“
Neu! Die schnell auswechselbare Buchdruckerkarte. Das Ideal aller fortschrittlichen Buchdrucker. Erweist sich beim Gebrauch als unumkehrlich. Heureka ist das Resultat jahrelanger Versuche! Preis pro Stück einschliessl. 6 Ersatzplatten 2 Mark. Versand nur gegen Nachnahme o. Verfalls d. Betrags.
Zu beziehen durch:
Ingenieur Rudolf Breitshaldt & Mönch, Bayreuth-St. Georgen 21
Galvanoplastiker
jüngere, sofort gesucht. 1286
Dr. v. Ebbéck & Co., Erfurt.

Erstklassiger Maschinenfeger
welter im Entwerfen Vordruckscheit, für sofort gesucht. Angebote unter Verfügung selbstgeleiteter Entwürfe oder Drucksachen und Angabe von Gehaltsansprüchen an Volkhard & Wilbert, Nürnberg, Vergleiche 16.
Süchtige Maschinen- und Katalogfeger
in Dauerstellung sofort gesucht. Angebote erbitte die 1268
Ohlenothische Buchdruckerei Georg Kallert, Erfurt.
Wir suchen zu möglichst sofortiger Einrüttel einen
süchtigen, korrekten Knochfeger
„Vollkalt für Spandau und das Havelland“, Spandau, Potsdamer Straße 48.
Selbständig arbeitender Schweizerdegen
in Saz und Druck gleich tüchtig (selbster muss auch Schneidpresse bedienen), sofort in Dauerstellung.
nach Dresden gesucht
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Wohnortangaben unter Nr. 293 an die Geschäftsstelle des „Korr.“

Druckverein Erfurt
Dienstag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Vollhaus“
Mitgliederberammlung
Zugeordnung: 1. Rassenbericht vom letzten Verfallensbericht und vom Januar, 2. Beschaffung eines Aufnahmegebühren, 3. Verfallens, 4. Kartellbericht, 5. Berichtsmitteilungen. 1282
Zahlreichen Erscheinen der Mitglieder sehr erwünscht.
Der Vorstand.
Für Anfänger!
Schleifen, Regale, Maschinen jeder Art, komplette Druckereieinrichtungen zu kulantem Bedingungen. Franz Müllers, Stuttgart, Charlottenstraße 3. 132

Vertreter gesucht
für den Verkauf von Werkzeugen für Feger und Drucker. A. Egel, Mühlhagen 9, Kolumbusstraße 1.
MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus. Teilzahlungen werden gestattet. **Verlangen Sie Katalog MAX DORFEL**
Killingental in Sachsen, Nr. 308
Käften und Regale
Erschleife, Winkelkästen, Stege, Schließzeuge liefert K. Egel, Mühlhagen 9, Kolumbusstraße 1.

Schweizerdegen
in sofort vorrätig in Dauerstellung gesucht. 1264
S. Schroeders Buchdruckerei G. m. b. H., Einbeck (Pr. Hamm).
Stereotypur
in geseamplafliche Qualität gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angebote unter A. B. 273 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.
Galvanoplastiker
gegen hohen Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.
Angebote unter N. Z. 262 an die Geschäftsstelle des „Korr.“.

Typographisches Orchester
Musikverein Berliner Buchdruck. Dirigent: Kapellm. Erich Wenzel. Dorf.: Joh. Schulz, Berlin-Orly, Pfaffstraße 43. o. Degr. 1924
Abungsstunde
jeden Freitag, abends 8 Uhr, Restaurant „Zum Sängerkönig“ in Neutübin, Gernmannstr. 199.
Kinofilm
für 20 Mann, Wobblitzstraße, Straßenbahnlinien 21, 27, 28, 29, 32, 30, 63, 128 bis Steinmetzstr.

Wassinglinien
kaufen Sie am besten bei
Franz Müllers, Stuttgart, Charlottenstraße 3.
Rudolf Dautert
im Alter von 30 Jahren. Der Tod verurteilt ihn wieder mit seiner Gattin, die fünf Tage früher verstorben war. Mit ihm versterben mit einem neuen Kollegen, der unter Organisation sein ganzes Interesse entgegenbrachte und lange Jahre der Führer des Druckereiveren war. Ebenso war er ein förderndes Mitglied der kollegialen Vereinigungen.
Wenden Sie ihn nach den vielen Mühen seines Edlenwallens die Erde leicht sein!
Ortsverein Ebing.
Bildungsverband d. D. B. Ortsgruppe Ebing.
Gesangverein „Eutenberg“.